



Die Stadtverordnetenvorsteherin  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Weinert

1. Den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Wiesbaden, 05.12.2019

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
der Stadtverordnetenversammlung  
am Donnerstag, 12. Dezember 2019, um 16:00 Uhr,  
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

## Tagesordnung I

1. Mitteilungen
2. **19-S-00-0001**  
Fragestunde
3. **19-F-01-0018**

Umsetzung der Mietpreisbremse bei GWW und GeWeGe  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 03.12.2019 -

Teure Mieten - wenig Wohnraum und die Frage, wie man gerade in den Ballungsräumen, wie der Metropolregion Rhein-Main, dem immer weiter steigenden Druck auf dem Wohnungsmarkt begegnen kann. Der Neubau von Wohnungen, speziell von bezahlbaren Wohnungen, ist hier ein zentrales Element, wie der Vorschlag des Frankfurter Bogens und viele andere lokale Bauprojekte zeigen. Und auch wenn alternative Modelle (z.B. Tiny Houses, gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte) zunehmend nachgefragt sind, kommt auch den öffentlichen Wohnbaugesellschaften

eine Verantwortung zu, ergänzend zu dem dringend benötigten Neubau mit ihren großen Wohnungsbeständen preisdämpfend und stabilisierend auf dem Mietwohnungsmarkt einzuwirken.

Seit 2016 wird zudem vielerorts in der Bundesrepublik das Thema Mietpreisbremse bzw. Mietendeckel diskutiert; für die städtische ABG (Frankfurt am Main; einkommensunabhängig) und die Nassauische Heimstätte (einkommensabhängig) greift das Steuerungsinstrument bereits. Angesichts dieser Entwicklung und mit Blick auf die Wirkung der GWW und GeWeGe auf den Wiesbadener Wohnungsmarkt, hatte sich die Stadtverordnetenversammlung bereits 2018 mit der Frage beschäftigt, ein solches Modell auch für die Wiesbadener Wohnungsbaugesellschaften zu implementieren.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

I.

1. für den Erprobungszeitraum von zunächst drei Jahren (2020-2022) sollen bei GWW und GeWeGe Regel-Mieterhöhungen (nach § 558 BGB) pro Jahr 1,66 % bzw. über den gesamten Zeitraum, 5% der Grundmiete des jeweiligen Mietverhältnisses nicht übersteigen;
2. davon ausgenommen sollen im vorgenannten Zeitraum Mietverhältnisse mit einer Miete von unter 6,50 € pro m<sup>2</sup> sowie „Neubauwohnungen“ (definiert als Wohnungen der jüngsten Baualtersklasse des jeweilig gültigen Wiesbadener Mietspiegels, also am Beispiel des derzeitigen Mietspiegels Wohnungen der Baualtersklasse IV ab Baujahr 2000) sein. Für diese beiden Konstellationen gilt im vorgenannten Zeitraum eine Mietpreisbremse von 3,33 % pro Jahr bzw. von 10% über den gesamten Zeitraum;
3. zur Kompensation der aufgrund der Mietpreisbremse nicht zu erzielenden voraussichtlichen zusätzlichen Einnahmen, soll für die Dauer der Mietpreisbremse, d.h. für den Zeitraum 2021 (= Ausschüttung aus dem Jahresergebnis 2020) bis 2023 (= Ausschüttung aus dem Jahresergebnis 2022), die vorgesehene jährliche Ausschüttung der GWW an die GWI (und über die GWI an die WVV) von 3,75 Mio. € p.a. auf 1,5 Mio. € p.a. reduziert werden. Die GeWeGe soll keine Ausschüttungen vornehmen.

II. Der Magistrat wird gebeten, die Grundsatzbeschlüsse zu I in der Form von Gesellschafterweisungen umzusetzen.

#### **4. 19-F-02-0018**

Ehrenamt und Vereine haben jetzt und in Zukunft in Wiesbaden ihren festen Platz  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 04.12.2019 -

Wiesbaden ist stolz, tausende gemeinnützige Vereine und Menschen zu haben, die sich regelmäßig ehrenamtlich engagieren. Sie sichern den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt unserer Stadt. Die Landeshauptstadt wird diese Vereine auch künftig schützen und fördern.

Wiesbaden erkennt die unbezahlbaren Leistungen an, die diese Menschen jeden Tag erbringen. Historisch und traditionell gewachsene Strukturen gilt es im Vereinsleben zu bewahren. Die Stadt wird die tragenden Pfeiler der Gesellschaft weder beschneiden noch zerlegen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, über den Hessischen Städtetag gegen die Pläne des Bundesfinanzministers zu protestieren, reinen Frauen- oder Männervereinen die Steuervorteile entziehen zu wollen.

## 5. 19-F-21-0061

Neuen Haltepunkt an der Wallauer Spange für Wiesbadens östliche Vororte erschließen  
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 03.12.2019 -

Mit der Wallauer Spange, einem lang herbeigesehnten und im Bundesverkehrswegeplan 2030 im vordringlichen Bedarf enthaltenden, Schieneninfrastrukturprojekt bekommen die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener künftig einen hochattraktiven Zugang zum Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn. Während ab 2026 die beiden Hessenexpresslinien HE 1 und HE 7 Fahrgäste vom Wiesbadener Hauptbahnhof in Rekordzeit nach Frankfurt und Darmstadt bringen, läuft aktuell der Abschluss der Planungsvereinbarung zwischen RMV und DB bezüglich eines zusätzlichen Haltepunkts zwischen Hofheim-Wallau und Delkenheim. Somit werden auch die östlichen Vororte Wiesbadens an den Schienenverkehr in Richtung Frankfurt angebunden.

Während Planung, Bau und Finanzierung der Haltestelle seitens des RMVs und der DB vollzogen werden, liegt die Verantwortung der Erschließung auf der Seite der angrenzenden Gebietskörperschaften Wiesbaden und Hofheim. Sinnvoll neben einer Erschließungsstraße für den motorisierten Verkehr aus östlicher und westlicher Richtung wäre eine sichere Radverkehrsanbindung, eine Bushaltestelle, Park&Ride-Anlage sowie eine Bike&Ride-Station. Da durch die geplante Haltestelle nicht nur Wiesbaden, sondern auch umliegende Kommunen bedient werden, bedarf es hierbei einer gemeinsamen Planung zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden, der Städte Hochheim und Hofheim am Taunus sowie des Main-Taunus-Kreises.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- I. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass eine Umsetzung der seit Jahren gewünschten Schaffung einer zusätzlichen Haltestelle im Osten Wiesbadens nunmehr in greifbare Nähe gerückt ist.
- II. Der Magistrat wird gebeten,
  1. auf die benachbarten Kommunen Hochheim und Hofheim am Taunus sowie den Main-Taunus-Kreis zuzugehen, um gemeinsam Planungen für eine Erschließung des Haltepunktes durch die notwendige Infrastruktur inklusive Radverkehrseinrichtungen mit BikeRide-Station, Fahrradverleihstation, Busanbindung sowie einer Park&Ride-Anlage zu initiieren.
  2. zu gegebener Zeit dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr sowie dem Ortsbeirat Delkenheim einen Sachstandsbericht mit Zeitplan zu den Erschließungsplanungen vorzulegen.
  3. die seitens der Kommunen zu erbringenden Finanzmittel zu beziffern sowie Möglichkeiten der Finanzierung der Erschließungsmaßnahmen aufzuzeigen.

**6. 19-V-66-0234**

**DL 63/19-7**

Änderung der Satzung über die Gebühren für die Benutzung von Parkplätzen im öffentlichen Straßenraum der Landeshauptstadt Wiesbaden (Parkgebührenordnung)

**7. 19-F-10-0031**

Das Ostfeld entwickeln - ohne §165 BauGB  
- Antrag der AfD-Fraktion vom 04.12.2019 -

**Begründung:**

Die vorbereitenden Untersuchungen zum Städtebauprojekt „Ostfeld“ haben ergeben, dass die Entwicklung des Gebietes zu einem Stadtteil mit benachbartem Gewerbegebiet prinzipiell möglich ist. Zwar ist das Projekt derzeit noch durch verschiedene „Hypothesen“ belastet - sollten diese aber beseitigt werden, stünde einer Entwicklung des Gebietes nichts mehr im Weg.

Nach Ansicht der AfD-Rathausfraktion macht der Bericht über die Voruntersuchungen aber ebenso deutlich, dass die Anwendung von Sonderbaurecht nach §165 BauGB für das Entwicklungsgebiet nicht angezeigt ist. Es ist nicht davon auszugehen, dass das Allgemeinwohl der Stadtgesellschaft tatsächlich gefährdet wäre, sollte im „Ostfeld“ bis 2030 ff. keine neuen Gewerbe- und Wohnbebauung entstanden sein.

Gleichwohl könnte die Stadt von einer Entwicklung des Gebietes profitieren. Insbesondere die Schaffung eines Gewerbegebietes im Teilgebiet Kalkofen würde Industrie- und Handelsbetrieben in Wiesbaden die derzeit nachgefragten aber nicht vorhandenen Flächen zur Verfügung stellen - und das bereits in wenigen Jahren. Auch dem BKA könnte die Stadt in diesem Gebiet die geschlossene Fläche zur Verfügung stellen, die die Behörde für die gebündelte Ansiedelung ihrer Liegenschaften sucht.

Der Verzicht auf Sonderbaurecht nach §165 BauGB hätte darüber hinaus große Vorteile: die Stadt Wiesbaden wäre nicht gezwungen, die Grundstücke zum Verkehrswert (>1000€/m<sup>2</sup>) zu verkaufen; stattdessen könnte sie Eigentümer bleiben und als solcher selber bezahlbaren Wohnraum schaffen bzw. Grundstücke im Erbbaurecht vergeben und damit weitestgehend die Kontrolle über das neue Quartier behalten.

**Antrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- I Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Bedingungen für die Anwendung des §165 BauGB auf das Entwicklungsgebiet Ostfeld/Kalkofen nicht erfüllt sind.
- II
  1. Der Magistrat möge die Planung und Erschließung des Gewerbegebietes B1 im Teilbereich „Kalkofen“ im Wege normalen Baurechts (§123-135 BauGB) vorrangig vorantreiben.
  2. Im Rahmen der aktuellen Bodenbevorratungspolitik möge der Magistrat darauf hinwirken, die Grundstücke im Ostfeld schrittweise zu erwerben, um die Fläche später mit Hilfe städtebaulicher Verträge zu einer Siedlung ausbauen zu können.

## 8. 19-F-08-0090

Kinderfreundliche Kommune  
- Antrag der Fraktion L&P vom 04.12.2019 -

Für Städte besteht seit einiger Zeit die Möglichkeit, sich an einem Zertifizierungsverfahren als „Kinderfreundliche Kommune“ zu beteiligen. Dieses Projekt verfolgt das Ziel, die UN-Kinderrechtskonvention auf lokaler Ebene umzusetzen. Mit der Teilnahme an dem dazugehörigen Zertifizierungsverfahren verpflichten sich die Kommunen, die Rechte der Kinder aus der UN-Kinderrechtskonvention in ihrer Stadt umzusetzen. Hierbei sollen insbesondere vier Schwerpunkte berücksichtigt werden: (siehe: Kinderfreundliche Kommunen: Gute Praxis in Kinderfreundlichen Kommunen)

1. Der Vorrang des Kindeswohls in allen kommunalen Handlungsfeldern
2. Die Schaffung von kinderfreundlichen Rahmenbedingungen
3. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
4. Die Verbreitung von Informationen über Kinderrechte

Die Initiative begleitet die Kommunen bei der Entwicklung eines kinderfreundlichen Aktionsplanes, der zur Verleihung des Siegels „Kinderfreundliche Kommune“ führt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, sich für die Aufnahme beim Projekt „Kinderfreundliche Kommune“, der gemeinsamen Initiative von UNICEF Deutschland und des Deutschen Kinderhilfswerks e.V., zu bewerben.

## 9. 19-F-12-0002

Milieuschutzsatzung und Immobilienverkauf Rüdesheimer Straße 23, Wiesbaden  
- Antrag der Fraktion LKR&ULW vom 30.08.2019 (in der Fassung vom 22.10.2019) -

### ANLAGE

## 10. 19-F-10-0032

Kündigung der Verträge für Kurhausgastronomie und Spielbank ohne Unterbrechung des Spielbankbetriebes  
- Antrag der AfD-Fraktion vom 04.12.2019 -

### Begründung:

Der Münchner Gastronomieunternehmer Roland Kuffler beziehungsweise seine Söhne haben nicht nachgewiesen, dass die Vertragsverlängerungen der Gastronomie im Kurhaus und der Spielbankkonzession compliant waren. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat beauftragt, „eine Ausführungsvorlage über die Kündigung der Verträge über die Verlängerung der Ausübung des Spielbankbetriebs der Spielbank sowie der Gebrauchsüberlassung nach § 133 Abs. 1 Nr. 1 GWB zum 31.12.2020 zu erstellen.“

Die Aussagen des Büroleiters des Bürgermeisters in der Sitzung des Revisionsausschusses am 27.11.2019, werden in der Presse sinngemäß so wiedergegeben, „dass eine Kündigung einen ‚Nichtbetrieb‘ der Spielbank zur Folge hätte, weil das Ausschreibungsverfahren 18 Monate in Anspruch nehme.“

Wenn die in Vorbereitung befindliche Kündigung, zum Januar 2021 wirksam würde, blieben der Stadt für das Ausschreibungsverfahren jedoch nur 12 Monate Zeit. Hieraus könnte sich eine Unterbrechung des Spielbankbetriebes für ein halbes Jahr ergeben.

Dieses Risiko besteht, aber es sollte nicht als Vorwand benutzt werden, den eindeutigen Willen und Beschluss der Stadtverordnetenversammlung nicht durchzuführen und das unrühmliche Zustandekommen der Vertragsverlängerungen zum Schaden der Stadt hinzunehmen.

Vielmehr müssen nun Wege gesucht und gefunden werden, wie die Kündigung dennoch umgesetzt werden kann, ohne dass es zu einer zeitlichen Lücke im Spielbankbetrieb kommt.

**Antrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. den Vertrag für die Kurhausgastronomie und den Spielbankbetrieb mit dem Münchner Gastronomieunternehmen Kuffler beschlussgemäß zum Jahresende 2020 zu kündigen.
2. Verhandlungen mit dem Unternehmen Kuffler aufzunehmen mit dem Ziel, eine Übergangsregelung zu vereinbaren, die es ermöglicht, den Spielbankbetrieb bis zum erfolgreichen Abschluss einer Neuausschreibung weiterzuführen oder alternativ eine andere Interimslösung zur Sicherstellung des Spielbankbetriebs zu finden.

**11. 18-F-05-0060**

"Causa Schüler": Umfassende Aufklärung unerlässlich - Aufarbeitung dringend geboten.  
- Akteneinsichtsausschuss, Bericht des Ausschussvorsitzenden Bohrer -

**ANLAGE**

**12. 19-V-14-0003**

**DL 64/19-2**

Gesamtabschluss zum 31.12.2017 der LHW - Entlastung  
- Bericht des Vorsitzenden des Revisionsausschusses Lambrou -

**ANLAGE**

**13. 19-F-05-0052**

Gewerbesteuer  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 04.12.2019 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Steuersätze für die Gewerbesteuer werden für die Jahre 2020 und 2021 auf 440 v.H. festgesetzt.  
§ 5 (2) der Haushaltssatzung ist entsprechend anzupassen.

**14. 19-F-11-0012**

Gewerbesteuer senken  
- Antrag der Fraktion FW/BLW vom 03.12.2019 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Hebesatz der Gewerbesteuer wird für das Jahr 2020 auf 443 v.H. und für das Jahr 2021 auf 438 v.H. festgesetzt.

**15. 19-F-40-0001**

Gewerbesteuersenkung  
- Antrag des Stadtv. Oschmann vom 03.12.2019 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der in § 5 Absatz 2 des Entwurfes der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2020/2021 enthaltene Steuersatz für die Gewerbesteuer wird wie folgt geändert:

Der Hebesatz der Gewerbesteuer wird mit Wirkung vom 01.01.2020 wieder gesenkt und auf 440 v.H. (Stand Dezember 2015) festgesetzt.

**16. 19-V-11-3003**

**DL 48/19-1 NÖ, 47/19-3**

Stellenplan 2020/2021

**17. 19-V-20-0037**

**DL 62/19-4, 44/19-4**

Haushaltsplan 2020/2021 Entwurf / Beratungsunterlagen

**18. 19-V-20-0038**

**DL 57/19-4**

Haushaltsplan 2020/2021 - Entwurf der Haushaltssatzung

19. 19-V-20-0032 DL 44/19-2

Haushaltsplan 2020/2021 - Anträge der Ortsbeiräte

20. 19-V-20-0046 DL 59/19-7, 58/19-6

Haushaltsplan 2020/2021 - Schriftliche Stellungnahmen der Ortsbeiräte

21. 19-V-01-0029 DL 65/19-1, 53/19-1 , 34/19-2

Bericht über das Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen nach § 165 Abs. 4 BauGB  
zu dem Gebiet Ostfeld/Kalkofen

**ANLAGE**

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die  
Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

## Tagesordnung II

### Sitzungsvorlagen aus den Haushaltsplanberatungen (ANLAGEN)

1. 10-A-02-0005

Arbeitskreis Gedenkstätten

2. 19-A-02-0012

Haushaltsansätze Stadtverordnetenversammlung, Fraktionen, Amt 16

3. 19-F-02-0017

Stellenhebungen im Bereich des Dezernates II

4. 19-F-08-0050

Sicherstellung des TVöD bei der WJW



**5. 19-F-08-0068**

Zuschussgewährung für pro familia im laufenden Jahr

**6. 19-F-08-0077**

Zuschussgewährung für pro familia im laufenden Jahr

**7. 19-F-21-0052**

Weiterführung der Anlauf- und Beratungsstelle für traumatisierte geflüchtete Menschen - NeW Wiesbaden

**8. 19-F-21-0058**

Ergänzungsantrag der Stadtverordnetenfraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 4. Dezember 2019 zur SV „19-V-01-0036 Zukunft der Walhalla“

**9. 19-V-01-0027**

**DL 58/19-1**

Jahresabschlüsse (vorläufig) und Gewinnverwendung 2017 und 2018 sowie Wirtschaftsplan und Ausschüttungsplanung 2019 für den Beteiligungscluster 1 (WVV)

**10. 19-V-01-0031**

**DL 55/19-1, 52/19-1**

Maßnahmen zur Förderung des Bürgerengagements

**11. 19-V-01-0032**

**DL 55/19-2, 52/19-2**

LSBT\*IQ-Koordinierungsstelle - Tätigkeitsbericht und personelle Aufstockung

**12. 19-V-01-0033**

**DL 59/19-1**

Stabsstelle Antikorruptionsbeauftragte/r

**13. 19-V-01-0037**

**DL 59/19-2, 57/19-1, 54/19-1**

Haushaltsplanaufstellung 2020/21 - Wirtschaftsplan 2020 und Mittelfristplanung 2021 bis 2023 der WVV Wiesbaden Holding GmbH und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften

14. **19-V-01-0040** **DL 57/19-2, 54/19-2**  
Finanzierung ÖPNV/ESWE Verkehr im Doppelhaushalt 2020/2021
15. **19-V-01-0041** **DL 59/19-3**  
Bildung eines Amtes für Organisation und Digitalisierung (IT) (Amt 15) - Planstellen
16. **19-V-02-0012** **DL 51/19-1 NÖ**  
Wirtschaftsplanung der EGW im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2020/2021
17. **19-V-02-0013** **DL 55/19-3, 52/19-1 NÖ**  
Aufbau und Implementierung von medAQ, einer digitalen medizinischen Plattform für Wiesbaden
18. **19-V-02-8007** **DL 55/19-4, 52/19-3**  
Gründerförderung Mietzuschuss
19. **19-V-03-0011** **DL 56/19-2, 53/19-3**  
Wahl zum Kulturbeirat 2020; Änderung der Ordnung für den Kulturbeirat
20. **19-V-04-0002** **DL 58/19-2**  
Jahresabschlüsse 2017/2018 und Wirtschaftspläne 2019 der GWI Gewerbeimmobilien GmbH, WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG, SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH und WiBau GmbH für Cluster 6
21. **19-V-05-0023** **DL 60/19-1**  
Dezernat V; erforderliche Budgetkorrekturen
22. **19-V-06-0011** **DL 55/19-5, 52/19-4**  
Neuausrichtung städtische Altenpflege; Neubau Moritz-Lang-Haus
23. **19-V-06-0013** **DL 49/19-2**  
Wirtschaftsplan 2020/2021 der AltenHilfe Wiesbaden GmbH (AHW)

24. **19-V-06-0015** **DL 50/19-1**  
Wirtschaftsplan 2020/2021 und Mittelfristplanungen 2022/23 der Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH (WJW)
25. **19-V-10-0004** **DL 55/19-6, 52/19-5**  
Personalmehrbedarf im Hauptamt
26. **19-V-11-0001** **DL 47/19-1**  
Maßnahmen zur Personalbedarfsdeckung und Qualifizierung
27. **19-V-11-0002** **DL 55/19-7, 52/19-6**  
Maßnahmen zur aufwandgerechten gesetzlich vorgeschriebenen Aufgabenwahrnehmung der Frauenbeauftragten nach § 17 Hess. Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) für die Dienststelle Stadtverwaltung Wiesbaden
28. **19-V-11-1024** **DL 44/19-1**  
Maßnahmen zur nachhaltigen Steigerung der Qualität der Einstellungen und der laufenden Personalbetreuung
29. **19-V-11-1025** **DL 59/19-5**  
Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung der Rechtssicherheit und der Qualität der Personalauswahl
30. **19-V-11-2001** **DL 36/19-1**  
Stellenbemessung/Einsatzzeiten bei 11S (Sicherheitstechnischer Dienst)
31. **19-V-11-2009** **DL 36/19-2**  
Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung des Personalbestandes der Stadtverwaltung Wiesbaden
32. **19-V-11-3002** **DL 50/19-2**  
Personalmehrbedarf in der Abt. 1103 Organisation, Stellenplan und Standortplanung
33. **entfällt**

34. **19-V-11-4001** **DL 36/19-3**  
Personalbedarf infolge der Steigerung der Ausbildungszahlen
35. **19-V-11-4003** **DL 36/19-4**  
Einführung eines strukturierten Wissenstransfers
36. **19-V-12-0001** **DL 55/19-8, 52/19-7**  
Einrichtung einer Erhebungsstelle für den Zensus 2021
37. **19-V-14-0001** **DL 59/19-6, 58/19-5**  
Personalmehrbedarf/-ausbau im Revisionsamt
38. **19-V-20-0012** **DL 20/19-2, 17/19-3**  
Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen: Ausstattung des Projektes "Digitale Vorgangsbearbeitung mit civento"
39. **19-V-20-0025** **DL 45/19-1 NÖ**  
SAP Kompetenzzentrum - zukunftsfähiger Ausbau
40. **19-V-20-0035** **DL 44/19-3**  
Entwurf des Haushaltsplanes 2020/2021 - Wirtschaftspläne der Gesellschaften
41. **19-V-21-0003** **DL 20/19-3, 17/19-4**  
Verfahrensbetreuung für Steuerveranlagungs- und Kassenverfahren
42. **19-V-23-0001** **DL 47/19-4**  
Schaffung einer Planstelle Sachbearbeitung Grundstücksverkehr sowie Betreuung und Pflege der Software für das Liegenschaftsmanagement bei 230220 - Abteilung Liegenschaften Stadtbereiche
43. **19-V-23-0225** **DL 43/19-2 NÖ**  
Mittelbereitstellung für die Instandsetzungs-/ Instandhaltungskosten der ehemaligen Robert-Koch-Schule

44. **19-V-30-0017** **DL 62/19-5**  
Überprüfung des Versicherungsschutzes
45. **19-V-31-0010** **DL 55/19-9, 52/19-8**  
Personalmehrbedarf Bürgerbüro
46. **19-V-31-0013** **DL 62/19-7**  
Einrichtung eines Innovationslabors im Amt 31 und weitere Grundlagen zur Digitalisierung
47. **19-V-31-0014** **DL 57/19-5**  
Zusätzliche Kräfte für die Stadtpolizei und Errichtung einer weiteren "Wache Stadtpolizei" an der Rheinschiene
48. **19-V-33-0005** **DL 40/19-1**  
Antisemitismus, Antiziganismus und gruppenbezogene Diskriminierung bekämpfen - Einrichtung und personelle Besetzung einer Anlaufstelle gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
49. **19-V-34-0005** **DL 60/19-2**  
Aufbau des Amtes 34 - Straßenverkehrsamt: Stellenbedarfe Overhead und Verwarngeldstelle
50. **19-V-34-0006** **DL 60/19-3**  
Aufbau des Amtes 34 - Straßenverkehrsamt: Personalbedarfe 3402 - Kommunale Verkehrspolizei (KVP)
51. **19-V-34-0007** **DL 60/19-4**  
Aufbau des Amtes 34 - Straßenverkehrsamt: Stellenbedarfe der Straßenverkehrsbehörde
52. **19-V-36-0013** **DL 38/19-1**  
Personalmehrbedarf im Umweltamt zur Durchführung von Fachgutachten bei neuen Bauleitplan- und Baugeheimigungsverfahren
53. **19-V-36-0014** **DL 38/19-2**  
Personalmehrbedarf im Umweltamt für den Schwerpunkt Klimaschutz, Klimaanpassung

- 54. 19-V-36-0015** **DL 38/19-3**  
Personalmehrbedarf im Umweltamt zur Weiterentwicklung und Umsetzung einer Biodiversitätsstrategie
- 55. 19-V-40-0015** **DL 55/19-10, 52/19-9**  
Erhöhung Stellenumfang 400220 - Schülerbeförderung
- 56. 19-V-50-0006** **DL 40/19-2**  
Aufbau eines Unterbringungsmanagements für unfreiwillig Wohnungslose im Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge
- 57. 19-V-50-0010** **DL 55/19-11, 52/19-10**  
Planstellenbeschaffung im Bereich Sozialdienst Asyl
- 58. 19-V-50-0013** **DL 40/19-3**  
Bundeteilhabegesetz; Auswirkungen zum Stellenplan 2020/2021
- 59. 19-V-50-0016** **DL 55/19-12, 52/19-11**  
Realisierung von Unterhaltsansprüchen im Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge
- 60. 19-V-51-0014** **DL 40/19-4**  
Sicherung der gesundheitserhaltenden Ernährung in städtischen Kindertagesstätten auf der Grundlage der Richtlinien der Deutschen Gesellschaft für Ernährung eV.
- 61. 19-V-51-0025** **DL 40/19-5**  
Geschäftsstelle Arbeitsgruppenleitung BSA je Standort und Qualifizierungsbudget BSA
- 62. 19-V-51-0026** **DL 40/19-6**  
Dynamisierung der Zuschüsse gemäss Jugendhilfekommision (JHK)

63. **19-V-51-0033** **DL 40/19-7**  
Wiesbaden International - "Eine Stadt stellt sich international auf"
64. **19-V-51-0041** **DL 50/19-3**  
Erhöhung der Ausbildungsvergütungen in der WJW
65. **19-V-61-0008** **DL 20/19-12, 17/19-13**  
Personalmehrbedarf zur Übernahme/Einführung eines Geographischen Informationssystems (GIS) im Stadtplanungsamt
66. **19-V-61-0009** **DL 20/19-13, 17/19-14**  
Personalmehrbedarf zur Aktualisierung des Flächennutzungsplans der LHW
67. **19-V-61-0013** **DL 20/19-14, 17/19-15**  
Konsequente Weiterentwicklung im Bereich Ostfeld/Kalkofen: Personalmehrbedarf beim Stadtplanungsamt
68. **19-V-61-0014** **DL 31/19-9**  
Mischgebiete effizient weiterentwickeln: Personalmehrbedarf beim Stadtplanungsamt
69. **19-V-61-0031** **DL 39/19-10**  
Regionalparkprojekt "Wasser formt Landschaft" 2019/2020
70. **19-V-61-0033** **DL 55/19-13, 52/19-12**  
Konzeptverfahren in Wiesbaden - Wettbewerb der Ideen
71. **19-V-63-0005** **DL 33/19-4**  
Personalmehrbedarf zur Einführung und Laufendhaltung des Datenmanagementsystems und des Bauamts Online im Bauaufsichtsamt der Landeshauptstadt Wiesbaden
72. **19-V-64-0001** **DL 31/19-4 NÖ**  
Reinigungsmanagement im Hochbauamt zukunftsfähig aufstellen

- 73. 19-V-64-0002** **DL 47/19-5**  
Stellenbedarfe bei Amt 64 zur Umsetzung des neuen Trinkwasserschutzrechts
- 74. 19-V-64-0005** **DL 45/19-1**  
Stellenbedarfe im Bereich Computer Aided Facility Management-Software (CAFM) des Hochbauamtes
- 75. 19-V-64-0006** **DL 45/19-2**  
Anmeldungen zum Stellenplan 2020/ 2021 - Sicherstellung der Aufgabenerledigung bei gestiegenem Auftragsvolumen in den Bereichen Bauunterhaltung und Technik des Hochbauamtes
- 76. 19-V-66-0103** **DL 44/19-5**  
Zusätzlicher Personalbedarf bei V/66 zur operativen Umsetzung der Maßnahmen nach dem Masterplan Green City, des Luftreinhalteplans des Landes Hessen und sonstiger Großprojekte
- 77. 19-V-66-0107** **DL 44/19-6**  
Zusätzlicher Personalbedarf für die Abteilung 6603 - Bau und Erhaltung
- 78. 19-V-66-0108** **DL 47/19-6**  
Personalbedarf der Abteilung 6605 "Stadtvermessung"
- 79. 19-V-66-0112** **DL 60/19-6**  
Zusätzlicher Personalbedarf zur Einführung eines E-Mobility-Hub im Stadtgebiet Wiesbaden
- 80. 19-V-67-0008** **DL 57/19-11**  
Zusätzliche Stellen beim Grünflächenamt
- 81. 19-V-67-0012** **DL 59/19-11, 58/19-9**  
Zusetzung von Stellen und Budget zur Bewältigung der Trocknisschäden im Wald und Sicherstellung der Verkehrssicherungspflicht



**82. 19-V-70-0001** **DL 50/19-7**

Verbesserung der Stadtsauberkeit durch Bündelung der Zuständigkeiten für Bestand und Leerung aller städtischen Papierkörbe bei den ELW

**83. 19-V-70-0008** **DL 49/19-5**

Wirtschaftsplan 2020/2021 und Mittelfristplanung 2022/2023 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

**84. 19-V-82-0008** **DL 64/19-4**

Wirtschaftsplan 2020 und 2021 des Eigenbetriebs TriWiCon und der Wiesbaden Congress & Marketing GmbH

**85. 19-V-86-0004** **DL 55/19-14, 52/19-13**

Vorläufige Wirtschaftsplanung 2020-2021 des Eigenbetriebes mattiaqua

### **Weitere Sitzungsvorlagen**

**86. 19-F-03-0025**

Sachstand Auftragsvergabe der LHW an die AWO Wiesbaden

**ANLAGE**

**87. 19-F-05-0042**

Was kostet Wiesbaden?

**ANLAGE**

**88. 19-F-21-0051**

Anpassung/Adjustierungen zur Preis- und Tarifstruktur mattiaqua

**ANLAGE**

89. **19-V-01-0036** **DL 65/19-2**  
Zukunft der Walhalla: Beihilferechtliche Prüfung
90. **19-V-01-0038** **DL 62/19-1**  
Sanierung des Mausoleums Kreitz auf dem Friedhof Biebrich
91. **19-V-01-0044** **DL 65/19-3**  
Wiesbadener Leitlinien für Bürgerbeteiligung - Vorhabenliste 02.2019
92. **19-V-01-0045** **DL 68/19-1**  
Vorabfreigabe von Mitteln des Dezernates I für das 1. Halbjahr 2020
93. **19-V-02-8010** **DL 62/19-2**  
Gigabitregion FrankfurtRheinMain
94. **19-V-04-0017** **DL 62/19-3**  
Bericht zum Platz der deutschen Einheit  
**ANLAGE**
95. **19-V-05-0009** **DL 64/19-1, 58/19-3**  
Jahresabschluss 2017 der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, Jahresabschluss 2017 der CityBahn GmbH für Cluster IV
96. **19-V-06-0014** **DL 65/19-4**  
Vorabfreigabe eines Anteils der Zuschüsse für 2020 im Bereich Dez. VI

- 97. 19-V-06-0016** **DL 68/19-2, 66/19-1**  
Jahresabschluss 2018 und Wirtschaftsplan 2019 für den Beteiligungs-Cluster 5 "Wohnbau"  
(GWW & GeWeGe)
- 98. 19-V-06-0020** **DL 68/19-3, 66/19-2**  
Wirtschaftsplan 2020/2021 der AltenHilfe Wiesbaden GmbH (AHW)
- 99. 19-V-31-0012** **DL 62/19-6**  
Mitgliedschaft im Verein "bürgerservice.org e.V."
- 100. 19-V-33-0006** **DL 65/19-5**  
Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben
- 101. 19-V-37-0010** **DL 65/19-6**  
Anbau Bürocontainer Feuerwache 1
- 102. 19-V-40-0012** **DL 63/19-1**  
KIP II -Wilhelm-Leuschner-Schule Umbau und Erweiterung Mensa
- 103. 19-V-40-0022** **DL 68/19-4, 66/19-3**  
Friedrich-Ebert-Schule - Neubau Hauptgebäude - Ausführungsvorlage  
**ANLAGE**
- 104. 19-V-41-0019** **DL 63/19-2**  
Vorabfreigabe Bereich Kultur 1.Halbjahr 2020
- 105. 19-V-50-0014** **DL 46/19-5, 37/19-8**  
Wiesbadener SGB II Geschäfts- und Eingliederungsbericht 2018
- 106. 19-V-50-0017** **DL 65/19-7**  
Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2018

**107. 19-V-51-0047** **DL 65/19-8**

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90, Schaffung von 92 Betreuungsplätzen in vier Kindertagesstätten

**108. 19-V-51-0048** **DL 65/19-9**

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90, Ersatzneubau und Erweiterung der Katholischen Kindertagesstätte St. Georg

**ANLAGE**

**109. 19-V-51-0050** **DL 68/19-5, 66/19-4**

AWO Kita Philipp Holl, Schimmelsanierung

**110. 19-V-52-0012** **DL 68/19-6, 67/19-1**

Zuschüsse für langlebige Sportgeräte 2019/2

**111. 19-V-52-0013** **DL 68/19-7, 67/19-2**

Sportveranstaltungen von besonderer Bedeutung 2020

**112. 19-V-52-0014** **DL 68/19-8, 66/19-5**

Veranstaltungszuschuss City-Biathlon 2020 - 2022

**113. 19-V-61-0010** **DL 63/19-3, 08/19-4**

Erhöhung der Gesellschafterbeiträge und Änderung des Gesellschaftsvertrags im Rahmen der Regionalpark Ballungsraum RheinMain GmbH

**114. 19-V-61-0037** **DL 65/19-10**

Wohnbauflächenentwicklung - Umsetzung der ermittelten Potenziale

**115. 19-V-63-0015** **DL 70/19-4, 69/19-2**

Wi-Biebrich, Rudolf-Dyckerhoff-Straße 4a, Neubau einer sechszügigen Kindertagesstätte - Hier: Bauvoranfrage

- 116. 19-V-63-0017** **DL 63/19-5**  
Berufung eines Mitgliedes in den Gestaltungs- und Denkmalbeirat Wiesbaden
- 117. 19-V-66-0218** **DL 63/19-6**  
Künstlerviertel - Verkehrsberuhigung
- 118. 19-V-70-0009** **DL 65/19-11**  
Bau und Betrieb einer Bioabfallvergärungsanlage  
**ANLAGE**
- 119. 19-V-82-0010** **DL 63/19-9**  
Bestellung des Wirtschaftsprüfers für den Eigenbetrieb TriWiCon der Landeshauptstadt Wiesbaden für das Geschäftsjahr 2019
- 120. 19-V-86-0002** **DL 63/19-10**  
Jahresabschluss 2018 des Eigenbetriebes mattiaqua
- 121. 19-V-86-0003** **DL 56/19-15, 53/19-16**  
Neues Tarif- und Preiskonzept für mattiaqua  
**ANLAGE**
- 122. 19-V-86-0005** **DL 70/19-5, 69/19-3**  
Finale Wirtschaftsplanung 2020-2021 des Eigenbetriebes mattiaqua
- 123. 19-F-05-0046**  
Evaluierung der Waffenverbotszone - Aufgabenbereich der Landespolizei  
**ANLAGE**

## Tagesordnung III

1. **19-V-61-0034** **DL 63/19-4, 62/19-2 NÖ**  
Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan „Westlich der Neufeldstraße“ im Ortsbezirk Medenbach - Aufstellungsbeschluss -
  
2. **19-V-70-0002** **DL 64/19-3, 61/19-1**  
Änderung der Straßenreinigungssatzung; Gebührenbedarfskalkulation der Straßenreinigunggebühren für die Jahre 2020/2021
  
3. **19-V-82-0007** **DL 63/19-8**  
Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Märkte der Landeshauptstadt Wiesbaden (Marktgebührensatzung)
  
4. **19-V-01-0046** **DL 70/19-1**  
Wirtschaftsplan 2020 und Mittelfristplanung 2021 bis 2024 der WVV Wiesbaden Holding GmbH und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften
  
5. **19-V-05-0027** **DL 70/19-2**  
Finanzierung ÖPNV/ESWE Verkehrsgesellschaft mbH im Doppelhaushalt 2020/2021 und Wirtschaftsplan 2020/2021

*- Der Magistrat und der Haupt- und Finanzausschuss beraten die Tagesordnungspunkte 4 und 5 voraussichtlich am 12.12.2019 -*

## Tagesordnung IV

1. **19-V-20-0047** **DL 62/19-1 NÖ**  
Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH
  
2. **19-V-20-0049** **DL 65/19-1 NÖ**  
Berichterstattung zur Nassauischen Sparkasse 2018
  
3. **19-V-20-0050** **DL 68/19-1 NÖ, 66/19-1 NÖ**  
Kapitaleinlage zugunsten der HSK Pflege GmbH

4. 19-V-20-0051 DL 68/19-2 NÖ, 67/19-1 NÖ  
Beschlussanpassung, betrifft: Sitzungsvorlage Kündigung des Leistungsvertrages mit der Wivertis GmbH
5. 19-V-20-0052 DL 70/19-1 NÖ  
Kapitaleinlage zugunsten der WJW GmbH
6. 19-V-23-0232 DL 70/19-2 NÖ, 69/19-1 NÖ  
Verkauf eines Grundstückes am Schiersteiner Osthafen
7. 19-V-23-0235 DL 68/19-3 NÖ, 66/19-2 NÖ  
Vorkaufsrecht in der Gemarkung Wiesbaden
8. 19-V-23-0236 DL 68/19-4 NÖ  
Wohnbauflächenentwicklung Hainweg - Verkauf von Einzelbaugrundstücken

**Hinweis:**

**Ab 20.00 Uhr ist das weihnachtliche Zusammensein geplant, zu dem auch Ehrengäste eingeladen sind.**

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin